

Flüchtlinge/Migration/INT

## **Migrationsforscher fordert Rückkehr von Gazale Salame - (epd-Gespräch), 19.07.2012**

epd-Gespräch: Martina Schwager

Hildesheim/Berlin (epd). Der Migrationsforscher Klaus J. Bade hat an das Land Niedersachsen appelliert, der vor siebeneinhalb Jahren abgeschobenen Kurdin Gazale Salame eine Rückkehr zu ermöglichen. "Es ist verfassungsfeindlich, eine Familie zu zersägen", sagte der Berliner Politikberater am Mittwoch im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Salame war bei der Abschiebung 2005 von ihrem Mann und zwei Töchtern getrennt worden.

Unterstützer wollen am Mittwoch in Hildesheim erneut dafür demonstrieren, dass die Kurdin nach Deutschland zurückkehren kann. Die damals schwangere Frau war mit ihrer einjährigen Tochter aus dem Landkreis Hildesheim in die Türkei abgeschoben worden. Sie lebt heute mit ihren beiden jüngeren Kindern in Izmir. Am Freitag wird der niedersächsische Landtag über den umstrittenen Fall beraten. Die Opposition fordert die Rückkehr Salames zu ihrem Lebenspartner Ahmed Siala.

Bade hatte wiederholt das niedersächsische Innenministerium aufgefordert, die Rückkehr der Frau zu ermöglichen. Er fürchte allerdings, dass Minister Uwe Schünemann (CDU) nicht zum zweiten Mal unter öffentlichem Druck eingestehen werde, eine Fehlentscheidung getroffen zu haben, sagte der Mitbegründer des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien in Osnabrück. Eine erste Fehlerkorrektur habe es im Fall der aus Vietnam zurückgeholten Familie Nguyen gegeben. Schünemann wolle offenbar den Eindruck vermeiden, er werde seine harte Linie der Abschreckung verlassen.

Bade sprach sich zudem für eine grundsätzliche Änderung der Asylpolitik aus. Asylsuchende dürften nicht wie Legehennen in Sammellagern zusammengepfercht und zum Nichtstun verdammt werden. Sie sollten nach kurzer Übergangszeit in Wohnungen untergebracht werden und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen dürfen. "Wir brauchen dringend menschlichere Bedingungen."

Damit gäbe man den Flüchtlingen die Chance zu einer nützlichen Tätigkeit, nach der sie zumeist selbst strebten, betonte Bade. Zum anderen

entstehe dann in der Bevölkerung nicht der Eindruck, die Flüchtlinge lebten auf ihre Kosten. Der derzeitige Umgang mit Flüchtlingen sei geprägt von einem "Grundirrtum", sagte Bade. "Asylsuchende sollen sich hier nach dem Willen der Regierung nicht einrichten und gemütlich in die Integration rüberrutschen." Die vergangenen Jahren hätten aber bereits gezeigt, dass eine solche Politik sozialen Sprengstoff berge.